Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

1. Abgeordnete **Annalena Baerbock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welcher Höhe wurden jeweils in den Jahren 2013 und 2014 finanzielle Hilfen für den deutschen Steinkohlebergbau durch den Staat zur Verfügung gestellt (bitte jeweils aufteilen zwischen dem Bund und – wenn möglich – dem Land Nordrhein-Westfalen), und in welchem Umfang sind die Hilfen für den Zeitraum von 2015 bis 2018 vorgesehen (bitte aufteilen zwischen dem Bund und – wenn möglich – dem Land Nordrhein-Westfalen)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Uwe Beckmeyer vom 22. April 2015

Den Haushalten in den Jahren 2013 bis 2018 sind die folgenden Steinkohlebeihilfen zuzuordnen (in Mio. Euro):

	Ist 2013	Ist 2014	Soll 2015	Fpl. 2016	Fpl. 2017	Fpl. 2018
Bund	1.082,4	1.168,7	1.084,8	1.282,0	1.053,6	1.020,3
NRW	334,1	331,6	307,2	165,0	170,9	161,2

2. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei welchen der am 9. April 2015 mitgeteilten abschließenden Genehmigungsentscheidungen des Bundessicherheitsrates (BSR) und des Vorbereitenden Ausschusses (Ausschussdrucksache 18(9)417 des Ausschusses für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestages) handelt es sich um Genehmigungsentscheidungen nach dem Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen (KrWaffKontrG) und bei welchen um Entscheidungen nach dem Außenwirtschaftsgesetz, und wurden bei der letzten Sitzung des BSR sonstige Genehmigungen nach dem KrWaffKontrG erteilt, die dem Parlament nicht mitgeteilt wurden?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Brigitte Zypries vom 21. April 2015

Bei der Entscheidung zur Lieferung eines U-Bootes nach Israel handelte es sich um einen Genehmigungsantrag nach dem KrWaffKontrG. Bei den Entscheidungen zur Lieferung von allradangetriebenen Lkw nach Algerien, Werkzeugen und Ersatzteilen für Herstellungsausrüstung für Kleinkalibermunition nach Indien und den Schleppantennen-Sonaranlagen nach Indien handelte es sich jeweils um Genehmigungsanträge für sonstige Rüstungsgüter, deren Ausfuhr den Bestimmungen des Außenwirtschaftsrechts unterliegt. Die Bundesregierung hat damit ihre Zusage, den Deutschen Bundes-

tag über abschließende Genehmigungsentscheidungen zu unterrichten, die im BSR oder in dessen Vorbereitendem Ausschuss getroffen wurden, vollumfänglich erfüllt.

3. Abgeordneter **Michael Schlecht** (DIE LINKE.)

Inwiefern ändert sich die Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland angesichts der weit geringeren Wachstumsaussichten des Welthandelsvolumens für die Jahre 2015 und 2016 gegenüber den bisherigen Schätzungen der Welthandelsorganisation (WTO), die auch Grundlage des Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung sind (bitte die wesentlichen Eckwerte der sich verändernden Jahresprojektion angeben, insbesondere zum realen Bruttoinlandsprodukt – BIP –, zu den Erwerbstätigen und zu den Wachstumsbeiträgen der Verwendung des BIP)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Uwe Beckmeyer vom 22. April 2015

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat die Arbeiten an der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung abgeschlossen. Neben vielen anderen Informationen fließen in die Frühjahrsprojektion auch die korrigierten Erwartungen des Internationalen Währungsfonds und anderer nationaler wie internationaler Organisationen ein. Die Frühjahrsprojektion der Bundesregierung wird heute veröffentlicht und ist auf der Internetseite des BMWi abrufbar.

4. Abgeordnete **Dr. Julia Verlinden** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Freiflächenanlagen wurden jeweils in den Jahren 2013, 2014 und in den ersten Monaten des Jahres 2015 in Betrieb genommen und bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA) gemeldet (bitte nach Anzahl und installierter Leistung pro Quartal aufschlüsseln)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Uwe Beckmeyer vom 20. April 2015

Die bisherigen veröffentlichten Meldedaten bei der BNetzA differenzieren nicht nach Freiflächenanlagen und Dachanlagen, so dass die Frage auf der Grundlage der BNetzA-Daten nicht beantwortet werden kann. Im Forschungsvorhaben IIc „Solare Strahlungsenergie“ zum Erfahrungsbericht zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2014 wurden Daten zu den Freiflächenanlagen durch Auswertung von verschiedenen Quellen (Medien, Internet, Meldungen von Betreibern sowie in Bezug auf das Jahr 2013 durch die Auswertung der Übertragungsnetzbetreiber-Stammdaten) erhoben. Danach wurden im Jahr 2013 Freiflächenanlagen in der Größenordnung von